

Wir raffen Digitalgesetze zusammen - und bleiben doch zu komplex

Zum heute von der EU-Kommission veröffentlichten Digital-Paket, bestehend aus Digital-Omnibus, europäischem „Business Wallet“ und europäischer Datenunionsstrategie erklären die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM Europe), Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU):

„Das Digital Omnibus-Paket zeigt, dass die Kommission verstanden hat, wie sehr die Regulierungsdichte unseren Mittelstand belastet. Positiv ist vor allem das lang überfällige Business Wallet, die Straffung der Gesetzgebung, Abbau von Doppelregulierungen und Zusammenführung von Rechtsakten. Damit werden insbesondere KMU und Midcaps von zusätzlichen Pflichten im Datenrecht und im KI-Gesetz entlastet. Wir brauchen Klarheit beim Umgang mit personenbezogenen Daten und der Nutzung von Tracking-Technologien im Rahmen der DSGVO. Die Data-Act-Änderungen mit Erleichterungen für KMU und Midcaps bei „Cloud-Switching“ und Altverträgen sehe ich auch positiv. Und: Wir begrüßen ausdrücklich die Datenunionsstrategie als ersten konkreten Schritt hin zu einem einfachen und skalierbaren europäischen Datenbinnenmarkt – aber wie immer kommt es jetzt auf die Umsetzung an. Gleiches gilt für das europäische Business Wallet: KMU müssen sich damit endlich vollständig digital gegenüber Behörden und Geschäftspartnern ausweisen. Ohne Papierkram. Das Wallet muss zügig und einheitlich in allen Mitgliedstaaten kommen, sonst schadet es gerade den KMU und Midcaps, die grenzüberschreitend arbeiten. Was fehlt noch? Wir schauen gespannt auf die Umsetzung des Business Wallets. Und: Für KMU fordern wir eine echte „DSGVO-light“ mit klar risikobasiertem Ansatz beim Handhaben von Daten mit geringem Risiko, siehe Digital-Positionspapier der EVP vom Oktober 2025. Grundsätzlich gilt: Wir müssen KMU- und Midcaps-Entlastung immer mitdenken.“, so Marion Walsmann.

„Für Mittelständler ist entscheidend, dass die KI-Verordnung praxistauglich umgesetzt wird. Das Omnibus-Paket enthält hier wichtige Elemente: Verzögerte Einführung des KI-Gesetzes, erleichterte Berichtspflichten für KMU, Ausweitung dieser Sonderregeln auf Midcaps, sowie verhältnismäßigere Anwendung von Sanktionen. Positiv ist auch, dass die Kommission KI-Sandboxen und Real-Welt-Tests ausbauen und dabei den Zugang für KMU verbessern will. Zudem schafft der Vorschlag mehr Rechtssicherheit im Zusammenspiel von KI- und Datenschutzrecht, indem er klarstellt, unter welchen Bedingungen bestimmte Kategorien personenbezogener Daten für Entwicklung und Betrieb von KI-Systemen verarbeitet werden dürfen. Auch der Single Entry Point für Sicherheits- und Datenvorfälle in der NIS2-Richtlinie kann Meldepflichten bündeln und Kosten senken. Aber: Damit die Entlastung im Alltag der Betriebe wirklich ankommt, müssen wir weitergehen. Über das Omnibus-Paket hinaus brauchen wir einen europäischen Rechtsrahmen, der Wachstum und Innovation belohnt. Auch der Chips Act muss KMU und Midcaps gezielt adressieren, damit sie gegenüber Großkonzernen nicht dauerhaft ins Hintertreffen geraten. Und: Wir brauchen wie von Kommissionsseite im Arbeitsprogramm 2026 angekündigt ein echtes „28. Regime“ für eine EU-Unternehmensform, zudem digitalisierte Gründungsverfahren, Steuererleichterungen für F&E sowie gezielte Anreize für Unternehmen, in neue Technologien zu investieren. Und brandaktuell: Wir kämpfen für einen digitalen Euro mit Bargeld-ähnlichen Eigenschaften, hohem Datenschutz und Alltagstauglichkeit - als stabiles, vertrauenswürdiges Fundament für digitale Geschäftsmodelle für unseren europäischen Mittelstand.“, so Markus Ferber.